

Frankfurter Angelegenheiten.

— Frankfurt, 8. Dezbr.

Stadtverordneten-Versammlung.

Den Vorsitz führte Stadtv. Graf.
Zum Kassauischen Städtetag wurde das Büro der Stadtverordneten-Versammlung delegiert.

Die Vorlage des Jahresberichts der Gasgesellschaft gab Stadtv. Hené (Sp.) Veranlassung, eine übersichtliche Bilanz-aufstellung zu empfehlen. Für Einführung eines Einheitspreises sei jetzt der günstigste Moment. Durch Wegfall der Gasmesser könnten große Ersparnisse erzielt werden. Der Redner rügte, daß die Gasgesellschaft die hier erzeugten Koks nach auswärts vergeben habe, während in Frankfurt Interessenten vorhanden sind. — Oberbürgermeister Voigt sagte die Aufstellung einer übersichtlichen Bilanz zu. Die Frage des Einheitspreises sei schwierig, da das Beleuchtungsgas fortwährend zugunsten des Heizgases abnehme. In der Koksfrage handle es sich um eine Offenbacher Firma. Der Abschluß erfolgte, da hier kein Bedarf war. Jetzt könnten wieder Koks, auch an kleine Käufer abgegeben werden. — Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen. Die Frage des Einheitspreises soll, nachdem der Aufsichtsrat sich damit beschäftigt hat, im Tiefbauausschuß behandelt werden.

Für die Landtagswahl werden 25 000 M. bewilligt.

Ueber die Bekämpfung der Diphtherie äußerte sich Stadtrat Woell. Er bestritt, daß von einer Epidemie die Rede sein könne; die Krankheit habe nachgelassen. Für eine wirksame Durchführung der Vorbeugemaßregeln wurde Sorge getroffen. So wurde Heilserum unentgeltlich abgegeben und die Aufnahme im Krankenhaus finanziell begünstigt. — Die zur Bekämpfung der Krankheit verlangten 46 400 Mark wurden genehmigt.

Zur Lebens- und Nahrungsmittelversorgung

während des Krieges sprach Stadtv. Zielowski (Soz.). Er widerlegte die erschienene Denkschrift. Es wäre wünschenswert, wenn alle Städte auf diese Weise öffentliche Kritik üben würden. Das Bögen der Regierung hat seine Ursache in der Rücksichtnahme auf agrarische Interessen. Agrarisch ist auch noch in der Kriegszeit Trumpf. Es herrscht Kartoffelmangel. Die Reichskartoffelstelle hat vollkommen versagt. Ist es richtig, große Mengen der von der Stadt gekauften Kartoffeln erfroren angekommen sind? Wer hat den Fehler gemacht? Man hat gewußt, daß man einer Frostperiode entgegenging. Trotzdem sollen über 100 Waggons Kartoffeln bestellt worden sein, der Inhalt von 70 Waggons ist, wie es heißt, erfroren. Das wäre ein Schaden von etwa 21 000 M. Die Reichskartoffelstelle übernimmt keine Garantie und versichert sich vorher der Zahlungen. Die Stadt Frankfurt wird also den Schaden zu tragen haben. In der Frankfurter Gegend gibt es genügend Kartoffeln; sie werden aber zurückgehalten. Nun rächt sich das System, daß nur patriotisch geachtete Leute als Bürgermeister bestätigt wurden. Diese nehmen jetzt die Interessen der Kartoffelbauern wahr. Der Redner verlangte Beschleunigung der Kartoffeln und praktische Maßnahmen bei der Verteilung der Lebensmittel. Soweit die Lebensmittelversorgung in Betracht kommt, hat der Magistrat alles getan, was in seinen Kräften stand. Die Art der Verteilung bei Dörrfleisch, Butter usw. fordert aber zur Kritik heraus. Einen eigentümlichen Standpunkt nimmt der Magistrat jetzt den großen Konsum-Korporationen gegenüber ein. Der Redner legte ausführlich dar, in welcher Weise dem Konsumverein der Bezug von Butter aus dem Allgäu durch den sachlichen Berater des Gewerbe- und Verkehrsamts unterbunden worden sei. Von der Preisprüfungsstelle hat man mehr erwartet. Es ist ihr wohl nicht leicht gemacht in Aktion zu treten, aber andere Städte haben mehr erreicht als Frankfurt. Praktisch wurde nicht viel geleistet.

Stadtrat Dr. Röhl er erklärte, die Affäre mit dem Konsumverein sei noch in der Schwebe. Es müsse auch die andere Seite gehört werden. Man hoffe, sich mit dem Konsumverein friedlich auseinanderzusetzen zu können. Man wird von jetzt ab mehrere Zentner Butter durch die Händler verkaufen lassen, nur bayerische Butter wird in der Markthalle verkauft. Man weiß niemals wieviel geliefert wird, darum kann man keine Butterkarte ausgeben. Die Lieferung der Kartoffeln geht auf Gefahr des Empfängers. Ein Verschulden bei dem Erfrieren trifft niemand. Die Stadt muß den Schaden tragen. Es sind übrigens mehr Kartoffeln als in 70 Waggons erfroren. Ein Teil der ausgelesenen Kartoffeln wurde eingelagert, ein Teil wurde zu 1.50 M. der Zentner verkauft, mit der Bemerkung, daß sie beschädigt sind. Sie sind stark begehrt; viele wurden an Brennereien, an Trocknereien und zur Verfütterung abgegeben. Aus der näheren Umgebung erhält Frankfurt auch Kartoffeln. Vom Regierungspräsidenten sind die Landwirte angehalten, Frankfurt mit Kartoffeln zu versorgen, nötigenfalls wird von der Entsignung Gebrauch gemacht.

Stadtrat Meckbach verteidigte die Preisprüfungsstelle. Die Fleischpreise seien hier niedriger, als in Berlin.

Stadtv. Fleischer (nl.) befürwortete die Errichtung einer Einzelverkaufsstelle durch die Stadt. Ein dezentralisierter Verkauf würde die Schwierigkeiten beheben.

Stadtv. Rupp (Sp.) meinte, ein Teil der erfrorenen Kartoffeln scheint schlecht verpackt gewesen zu sein. Wer den Fehler beging, müsse verantwortlich gemacht werden.

Im weiteren Verlauf der Debatte sprach Stadtv. Zielowski nochmals über die Konsumvereinsaffäre. Oberbürgermeister Voigt wandte sich dagegen, eine schwebende Sache zu behandeln und legte Verwahrung dagegen ein, daß ein Beamter öffentlich heruntergefanzt werde. Man werde den Beamten schützen.

Es folgten Ausschuhberichte. Bei der Wahl von Mitgliedern für verschiedene Komitee und Kommissionen stellte Stadtv. Wedel (Sp.) in der Absicht einer weitergehenden Heranziehung der Frauen den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die Frage bezüglich der Zweckmäßigkeit ihrer Mitarbeit in Komitee und Kommissionen und bezüglich ihrer rechtlichen Zulässigkeit in beschließender Eigenschaft zu prüfen. Der Antrag wurde angenommen.

Bei der Besprechung einer Anfrage Graf wegen Abzugs der Militärrente vom Gehalt der in Betrieben der Stadt eingestellten Kriegsverletzten stellte sich Beschlußunfähigkeit der Versammlung heraus. Daraufhin wurde die Sitzung um 8 1/2 Uhr geschlossen.